

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



ZUSAMMENFASSUNG

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

WESENTLICHE ERGEBNISSE DER PLENARSITZUNG VOM 12. – 15.01.2009 IN STRAßBURG

Im Mittelpunkt des Plenums stand die Vorstellung des Arbeitsprogramms der neuen tschechischen Ratspräsidentschaft (s. EB 01/09) durch Ministerpräsident *Mirek Topolánek* und eine feierliche Sitzung zum zehnjährigen Bestehen des Euro. Die Abgeordneten betonten weiterhin die Bedeutung der Grundrechte in der EU und forderten einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand im Gazastreifen.

Im gesetzgeberischen Bereich wurde nach vorheriger Einigung mit dem Rat in 2. Lesung eine neue EU Pestizidpolitik sowie in 1. Lesung eine Richtlinie für die Vergabe öffentlicher Aufträge in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung und zu harmonisierten Investmentfonds verabschiedet. In 1. Lesung stimmten die Abgeordneten über Sicherheitsmerkmale und biometrische Daten in Pässen ab. Im Rahmen eines Initiativberichts sprach sich das Plenum für mehr Transparenz und einen leichteren Zugang zu EU-Dokumenten aus (s. auch die Beiträge der Ressorts).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/briefing_page/45152-012-01-03-20081217BRI45151-12-01-2009-2009/default_de.htm

ERWEITERUNG: GERINGER FORTSCHRITT BEI VERHANDLUNGEN

Auf den Beitrittskonferenzen auf Ministerebene am 19.12.2009 wurden mit der Türkei zwei Kapitel eröffnet. Zudem schuf die türkische Regierung Anfang Januar das Amt eines Europaministers, der für die Beitrittsverhandlungen zuständig sein wird. Dies wurde dem bisherigen außenpolitischen Berater von Ministerpräsident *Erdogan*, dem 38-jährigen *Egeman Bagis* übertragen. Wegen der Grenzstreitigkeiten mit Kroatien gab Slowenien nur seine Zustimmung für die Öffnung eines Kapitels und blockierte die erwartete Öffnung von weiteren Kapiteln. Gleichzeitig wurden drei Kapitel vorläufig geschlossen.

JOURNALISTENPREIS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Das Europäische Parlament schreibt zum zweiten Mal nach 2008 einen Journalistenpreis aus. Ausgezeichnet werden herausragende journalistische Arbeiten in den Kategorien Print, Radio, Fernsehen und Online, die zum besseren Verständnis aktueller europäischer Themen sowie der Funktionsweise und Politiken der Europäischen Union beitragen. Der Preis des Europäischen Parlaments ist mit 5.000 Euro je Kategorie dotiert. Die Beiträge können zwischen dem 15. Januar 2009 und dem 31. März 2009 per Online-Bewerbung oder per Post eingereicht werden. Die



Beiträge müssen zwischen dem 1. Mai 2008 und 31. März 2009 veröffentlicht worden und in einer der offiziellen Amtssprachen verfasst sein. Die Teilnehmer müssen Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaates und hauptberuflich tätige Journalisten sein. Die Preisverleihung wird im Oktober 2009 stattfinden.

Nähere Informationen und Bedingungen für die Teilnahme unter:

www.eppj.eu und www.europarl.de/presse.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

SIS II WEGEN ERNEUTER VERZÖGERUNG AUF DER KIPPE

Die Kommission arbeitet seit Jahren an der Entwicklung eines neuen Schengener Informationssystem (SIS II). Systemtests unter Einsatzbedingungen zeigten jedoch gravierende Probleme. Einige Innenminister bezweifeln inzwischen, dass SIS II in absehbarer Zeit fertig gestellt wird. Als Alternative schlagen sie vor, den Ausbau des bestehenden Systems zu prüfen. Beim Informellen Rat Justiz und Inneres verständigten sich die Innenminister, in den nächsten vier Monaten alle bestehenden Probleme von SIS II einschließlich möglicher Lösungen zu ermitteln. Gleichzeitig sollen mögliche Alternativen geprüft werden. Beim Rat im Juni soll über die Zukunft von SIS II entschieden werden.

INFORMELLER RAT JUSTIZ UND INNERES AM 15./16.01.2009 IN PRAG: WEITERE INNENPOLITISCHE THEMEN

Die Innenminister besprachen die von der tschechischen Ratspräsidentschaft geplanten Schwerpunktthemen, v. a. die künftige Nutzung und den sicheren Einsatz moderner Sicherheitstechnologie. Als besonders wichtige Teilaspekte wurden die Nutzung moderner Technologie im Grenzschutz und ihr Einsatz beim internationalen Schutz von Kindern debattiert.

<http://www.eu2009.cz/event/1/173/http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0015+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EINIGUNG ÜBER SANKTIONEN FÜR ARBEITGEBER ILLEGALER EINWANDERER

Der Rat und der Berichterstatter des Europäischen Parlaments sind zur Richtlinie über Sanktionen gegen Personen, die Drittstaatsangehörige ohne legalen Aufenthalt beschäftigen, einig. Es wurde u. a. vereinbart, ein Minimum an strafrechtlichen Sanktionen einzuführen. Auf Inspektionsquoten wurde verzichtet.



PLENARTAGUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VOM 12.-15.01.2009: INNENPOLITIK

Eigene Reisepässe für Kinder – Abgabe von Fingerabdrücken in der Regel erst ab 12 Jahren

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0015+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EP kritisiert Lage der Grundrechte in der EU

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0019+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

KOMMISSION WILL VERSTÄRKT AUF INTELLIGENTE VERKEHRSSYSTEME SETZEN

Die Europäische Kommission hat am 16.12.2008 eine Initiative zur beschleunigten Einführung intelligenter Verkehrssysteme (IVS) in die EU vorgelegt. Sie könnten erheblich zu einem sauberen, sichereren und effizienteren Straßenverkehr beitragen. Konkrete Maßnahmen will sie in einem Aktionsplan zusammenfassen. Mit einer gleichzeitig vorgeschlagenen Richtlinie soll ein Rahmen für die Einführung von IVS geschaffen und bestehende nationale Systeme besser miteinander harmonisiert werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1979&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

HUSTINX BLEIBT EUROPÄISCHER DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER – NEUER STELLVERTRETER

Der Niederländer Peter Hustinx, bleibt weitere fünf Jahre im Amt. Sein Stellvertreter wird der Italiener Giovanni Buttarelli. Der Europäische Datenschutzbeauftragte ist eine unabhängige Kontrollbehörde, der die Einhaltung der Datenschutzvorschriften durch die Organe und Einrichtungen der EU sicherzustellen hat.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:011:0083:0083:DE:PDF>

EUGH: AUSLÄNDERZENTRALREGISTER VERSTÖSST TEILWEISE GEGEN EU-RECHT

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass einzelne Regeln des Ausländerzentralregistergesetzes EU-Bürger gegenüber Deutschen diskriminieren und damit gegen EU-Recht verstoßen. Ein Register mit einschlägigen Informationen und Dokumenten über Ausländer sei durchaus möglich. Die konkrete Verarbeitung der personenbezogenen Daten müsse aber erforderlich sein (C-524/06):

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>



EUROPÄISCHE NOTRUFNUMMER 112 FUNKTIONIERT JETZT EU-WEIT

Die Kommission hat mitgeteilt, dass die 1991 eingeführte, einheitliche europäische Notrufnummer 112 jetzt auch in Bulgarien und Rumänien flächendeckend verfügbar ist und damit in allen EU-Staaten funktioniert. Probleme bleiben noch in einigen Ländern bei der Lokalisierung von Anrufern mit Mobiltelefonen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/1968&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

INFORMELLER RAT JUSTIZ UND INNERES AM 15./16.1.2008 IN PRAG

Zusammenarbeit in Strafsachen und E-Justiz

Regelungen zum Erbrecht; keine Fortschritte bei der ROM III-Verordnung

VERBRAUCHERSCHUTZ

Produktsicherheitsrichtlinie wirksam

Der Bericht über die Umsetzung der allgemeinen Produktsicherheitsrichtlinie (2001/95/EG) in den Jahren 2004-2008 bestätigt die grundsätzliche Wirksamkeit dieses Rechtsakts für den Verbraucherschutz.

Europäisches Parlament verlangt weitere Maßnahmen gegen unlautere Geschäftspraktiken

Das Europäische Parlament hat am 13.01.2009 mit sehr großer Mehrheit einen Initiativbericht angenommen, in dem es weitere Maßnahmen gegen unlautere Geschäftspraktiken verlangt.

INKRAFTRETEN NEUER RECHTSAKTE

ROM II-Vorordnung anwendbar

Großbritannien beteiligt sich an Rom I-Verordnung

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

FEIERLICHE SITZUNG ZUM 10-JÄHRIGEN BESTEHEN DES EURO

Anlässlich der Einführung des Euro als gesetzliche Buchwährung zum 1. Januar 1999 fand am 13. Januar 2009 im EP eine feierliche Sitzung zu dessen 10-jährigem Bestehen statt. Alle Redner hoben die herausragende Bedeutung des Euro für die europäische Integration und den Erfolg der gemeinsamen Währung hervor, die Wachstum und Wohlstand sichere und zur zweiten Weltwährung aufgestiegen sei. Auch stelle der Euro ein Schutzschild gegen die Finanzkrise dar. Neben dem Präsidenten des EP, MdEP *Hans-Gert Pöttering* (EVP-ED/DE), sprachen u. a. EZB-Präsident *Jean-Claude Trichet*, Eurogruppen-Präsident *Jean-Claude Juncker*, Währungskom-



missar *Joaquín Almunia*, sowie der frühere französische Staatspräsident *Valéry Giscard d'Estaing*.

ZWISCHENPROGNOSE FÜR 2009 - 2010

In ihrer am 19. Januar 2009 - wegen der aktuellen Wirtschaftsentwicklung außer der Reihe veröffentlichten - Zwischenprognose 2009/2010 geht die Kommission von einem Rückgang des Wirtschaftswachstums um 1,8 % im Jahr 2009 in der EU bzw. von 1,9 % in der Eurozone aus. Ende 2009 erholt sich die Wirtschaft, sodass 2010 mit einem bescheidenen Wachstum von 0,5 % in der EU, bzw. von 0,4 % in der Eurozone zu rechnen ist.

http://ec.europa.eu/economy_finance/thematic_articles/article13727_en.htm

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 20. JANUAR 2009

Der Ecofin-Rat befasste sich insbesondere mit der aktuellen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Situation sowie dem Follow-up des Europäischen Rates vom Dezember 2008 und billigte eine Zahlungsbilanzhilfe für Lettland.

MEHRWERTSTEUER AUF POSTDIENSTLEISTUNGEN

Nach den Schlussanträgen der Generalanwältin Kokott vom 15. Januar 2009 in der Rechtssache C-357/07 (TNT Post UK Ltd.) ist die Mehrwertsteuerbefreiung nach Art. 13 Teil A Abs. 1 der 6.MwSt.-RL nicht auf öffentliche Posteinrichtungen beschränkt. Vielmehr können auch private Anbieter von Postdienstleistungen, die im Interesse des Gemeinwohls erbracht und Universaldienstleistungen gewährleisten, von der Mehrwertsteuer befreit werden.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Europäisches Parlament verabschiedet Richtlinie zur Vergabe öffentlicher Aufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit

Das Europäische Parlament hat am 14.01.2009 mit klarer Mehrheit die Richtlinie zur Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit verabschiedet. Die Richtlinie ist Teil eines Pakets, das auf die Schaffung eines europäischen Marktes für Verteidigungsgüter zielt. Mit der Richtlinie soll eine bessere Ausrüstung zu günstigeren Preisen erreicht sowie die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorangebracht werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0016+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



Europäisches Parlament verabschiedet neue Richtlinie zu Investmentfonds

Das Europäische Parlament hat am 13.01.2009 die neue Fassung der Richtlinie zu Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) beschlossen. Der damit ermöglichte EU-Pass erlaubt es Fonds, auch in EU-Staaten tätig zu werden, in denen sie nicht niedergelassen sind. Damit sollen Kosten und Bürokratie gesenkt werden. Die Richtlinie muss nun förmlich noch vom Rat verabschiedet werden und dann bis Juli 2011 von den Mitgliedstaaten in innerstaatliches Recht umgesetzt werden.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0012+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Kommission und Mitgliedstaaten einigen sich auf Koordinierung ihrer Unterstützung für Automobilsektor

Industriekommissar *Verheugen* und die für Wirtschaft bzw. Industrie zuständigen Minister der Mitgliedstaaten haben sich bei einem Treffen am 16.01.2009 geeinigt, ihre Hilfen für die infolge der Finanzkrise angeschlagene Automobilindustrie aufeinander abzustimmen. Hierbei wurde auch über eine Reihe möglicher Anreize zum Neuwagenkauf diskutiert, darunter Verschrotungsprämien, CO₂-abhängige Steuern sowie im Hinblick auf Nutzfahrzeuge über öffentliche Ausschreibungen. Die Kommission wurde beauftragt, für das Treffen der Minister für Wettbewerbsfähigkeit am 05./06. 03.2009 Vorschläge auszuarbeiten.

Neues Zeugnis für die Schifffahrt gilt auf allen europäischen Binnenwasserstrassen

Ab 2009 dürfen Schiffe, denen das neue europäische Sicherheitszeugnis erteilt wurde, alle Flüsse in der EU befahren, auch den Rhein.

http://ec.europa.eu/transport/inland/index_en.htm

2009 – Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation

Am 07.01.2009 haben die tschechische Ratspräsidentschaft und die Europäische Kommission das europäische Jahr der Kreativität und Innovation mit einer Konferenz in Prag offiziell gestartet. Das europäische Jahr der Kreativität und Innovation soll die zentrale Rolle dieser Schlüsselkompetenzen für die persönliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung unterstreichen. Dies wird durch Werbekampagnen, Veranstaltungen und Initiativen auf europäischer, nationaler, regionaler sowie lokaler Ebene kommuniziert.

www.create2009.europa.eu

Konsultation zur Überprüfung der Prospekt-Richtlinie

Die Europäische Kommission hat am 09.01.2009 eine Konsultation zur Überprüfung der Anwen-



derung der Prospekt-Richtlinie eingeleitet. Sie hat Vorschläge zur Verbesserung und Vereinfachung dieser Richtlinie zur Diskussion gestellt. Der Vorschlag ist ein Kernelement des Aktionsplans der Kommission zur Verringerung von Verwaltungslasten für Unternehmen in der EU. Interessierte Parteien können ihre Beiträge bis zum 10.03.2009 einreichen.

http://ec.europa.eu/internal_market/securities/prospectus/index_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATES VOM 19. JANUAR 2009 IN BRÜSSEL

Bei der ersten Tagung der Agrarminister am 19. Januar unter tschechischem Ratsvorsitz, stellte der Vorsitzende Petr Gandalovic das Arbeitsprogramm der Präsidentschaft vor. Schwerpunkte sind die Diskussion zur GAP nach 2013 und die Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse. Die Agrarminister befassten sich zudem mit der Mitgliedschaft der EU in der internationalen Organisation für Rebe und Wein (OIV), den Lebensmittelpreisen in Europa und der Funktionsweise der Versorgungskette, den Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzserzeugnisse in Verkehr bringen, der Zulassung der genetisch veränderten Ölrapssorte T45 und einer Nelkensorte mit genetisch veränderter Blütenfarbe ohne eine Einigung zu erzielen und mit der Lage auf den Märkten für Milch und Schweinefleisch. Der Agrarrat verabschiedete zudem die Verordnungstexte mit den Beschlüssen zum Health Check.

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VERABSCHIEDET PFLANZENSCHUTZMITTEL-PAKET

Das EU-Parlament hat am 13.01.2009 mit breiter Mehrheit ein Gesetzespaket - bestehend aus einer Verordnung zur Produktion und Zulassung von Pestiziden sowie einer Richtlinie zu deren nachhaltigem Einsatz - verabschiedet. Die Einigung führt zu einer Harmonisierung innerhalb der EU bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und deren Einsatz. Durch den beschlossenen Kompromiss zur Zulassung sind zukünftig hochtoxische, krebserregende, erbgutverändernde oder hormonell wirksame Pflanzenschutzmittel verboten. Für die Zulassung wird die EU geographisch in drei Zonen eingeteilt, auf deren Basis die nationale Zulassung erfolgen wird. Genehmigte Mittel sind damit in der gesamten Zone zugelassen. Deutschland befindet sich wie Österreich in der mittleren Zone. In der Richtlinie zum nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, nationale Aktionspläne mit Zeitplänen und Reduktionsziele zu erstellen. Für das Sprühen aus der Luft, das zukünftig verboten ist, bedarf es einer Genehmigung. Die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in empfindlichen Gebieten (Natura 2000 Gebiete, Spielplätze, Sportanlagen, Parks, Schulgelände) ist zukünftig nur noch eingeschränkt möglich.



http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/066-45937-012-01-03-911-20090112IPR45936-12-01-2009-2009-false/default_de.htm

UNTERSTÜTZUNG FÜR DEN MILCHSEKTOR

Angesichts des massiven Preisverfalls für Milch und Milchprodukte hat die Kommission am 15.01.2009 neue Stützungsmaßnahmen für den Milchmarkt angekündigt. Durch Intervention für Butter und Magermilchpulver sowie die Einführung von Exporterstattungen für Butter und Käse sowie Voll- und Magermilchpulver soll die kritische Marktsituation entlastet werden. Im Rahmen der Intervention beabsichtigt die Kommission erforderlichenfalls mehr als die im Voraus festgelegte Menge aufzukaufen. Bereits im November 2008 hatte die Kommission die private Lagerhaltung von Butter zugelassen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/57&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

INITIATIVBERICHT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS ZUR GLOBALEN NAHRUNGSMITTELVERSORGUNG ANGENOMMEN

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat am 13. Januar einen Initiativbericht der Berichterstatterin Mairead McGuinness (EVP-ED, Irl) zur globalen Nahrungsmittelversorgung angenommen. Angesichts der Marktschwankungen in den vergangenen Jahren und der Zunahme des weltweiten Bedarfs an Nahrungsmitteln, der sich bis 2050 voraussichtlich verdoppeln wird, fordern die EU-Parlamentarier unverzügliche und kontinuierliche Maßnahmen, um die Ernährungssicherheit für die EU-Bürger und weltweit zu gewährleisten. Die Gemeinsame Agrarpolitik soll jetzt und auch nach 2013 der Eckpfeiler für die Ernährungssicherungspolitik bleiben.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0006+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

USA KLAGEN VOR WTO GEGEN FORTBESTEHENDES EU-IMPORTVERBOT FÜR CHLORHUHN

Die USA bringen den seit mittlerweile elf Jahren geführten Streit um das EU-Importverbot für mit Chlor desinfiziertes Geflügelfleisch vor die Welthandelsorganisation (WTO). Aus ihrer Sicht sind die seit 1997 bestehenden Restriktionen wissenschaftlich unbegründet und verstoßen gegen die WTO-Regeln. Im Dezember 2008 hatten 26 der 27 EU-Agrarminister die Wiedezulassung der Einfuhr abgelehnt; nur Großbritannien enthielt sich der Stimme. Ebenso hatte sich das Europäische Parlament zuvor entschieden gegen eine Aufhebung des Einfuhrverbotes für das Chlorhuhn ausgesprochen (siehe hierzu Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMUG in diesem EB).



http://www.efsa.europa.eu/EFSA/efsa_locale-1178620753824_1178620801339.htm
http://www.efsa.europa.eu/EFSA/efsa_locale-1178620753824_1178718495399.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS IN BRÜSSEL VOM 12. BIS 15.01.2009: ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMAS

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat einem grundsätzlichen Verbot für Dichlormethan in Abbeizmitteln zugestimmt. Zukünftig wird Dichlormethan, das als krebserregend gilt, damit für Verbraucher gänzlich verboten sein. Für Fachpersonal gibt es für die Mitgliedstaaten Möglichkeiten, Ausnahmen vorzusehen. Des Weiteren fasste das Plenum eine Entschließung zur Umsetzung einer Richtlinie über die Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Beruf (2002/37/EG). Darin weisen die Parlamentarier auf Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Richtlinie hin und fordern die Mitgliedstaaten auf, die Richtlinie angemessen anzuwenden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-46096-012-01-03-911-20090113IPR46095-12-01-2009-2009-false/default_de.htm (Dichlormethan)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+PV+20090115+ITEM-006-02+DOC+XML+V0//DE&language=DE> (Gleichbehandlung)

ARBEITS- UND SOZIALMINISTERRAT AM 17.12. 2008 IN BRÜSSEL

Der Arbeits- und Sozialministerrat der EU (EPSCO-Rat) hat auf seiner Sitzung am 17.12.2008 der Neufassung der Richtlinie über den Europäischen Betriebsrat und 2 Verordnungen zur Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit zugestimmt sowie Schlussfolgerungen zur aktiven Eingliederung benachteiligter Personen in den Arbeitsmarkt und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Pekinger Erklärung und Aktionsplattform) gefasst. Großen Raum auf dem Rat nahm die Aussprache über die Wirtschaftskrise ein, die allerdings kaum Neues brachte. Außerdem diskutierten die Minister die Antidiskriminierungsrichtlinie, die Arbeitszeitrichtlinie und die Mutterschutzrichtlinie.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/fr/lisa/104797.pdf

NEUE EU-NORM FÜR KLEINKINDER-LAUFLERNHILFEN

Die Europäische Kommission hat einer vom europäischen Normungsinstitut CEN entwickelten EU-Norm für Kleinkinder-Lauflernhilfen zugestimmt, die mit Stabilitätsprüfungen während der Herstellung und einem Hinarbeiten auf ein möglichst geringes Verletzungsrisiko bereits bei der Konstruktion dazu beitragen soll, Unfälle zu vermeiden. Die Mitgliedstaaten hatten die Norm ebenfalls unterstützt. Sie wird von den Marktüberwachungsbehörden bei Kontrollen bereits an-



gewandt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/45&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VIER EU-MITGLIEDSTAATEN HEBEN FREIZÜGIGKEITSBESCHRÄNKUNGEN FÜR ARBEITNEHMER AUS BULGARIEN UND RUMÄNIEN AUF

Griechenland, Spanien, Ungarn und Portugal haben die Beschränkungen des Zugangs bulgarischer und rumänischer Arbeitnehmer zu ihren Arbeitsmärkten aufgehoben. Damit bestehen derzeit noch in 11 Mitgliedstaaten (wie auch in Deutschland) Beschränkungen der Freizügigkeit für die beiden neuen Mitgliedstaaten, in 14 Mitgliedstaaten sind sie aufgehoben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/19&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ARBEITSLOSENQUOTE IN DER EU IM NOVEMBER 2008 GEGENÜBER VORMONAT GESTIEGEN

Das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften Eurostat hat am 08.01.2009 die Arbeitslosenzahlen für den Monat November 2008 vorgelegt. Danach ist die Arbeitslosenquote in der EU gegenüber dem Vormonat um 0,1 % auf 7,2 % gestiegen. Deutschland liegt mit einer Arbeitslosenquote von 7,1 % im November 2008 im europäischen Mittel.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/3&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BILDUNG: KOMMISSION FORDERT NEUAUSRICHTUNG DER EU-BILDUNGSKOOPERATION

Die Europäische Kommission lässt durch die Vorlage ihrer Mitteilung zu einem aktualisierten strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung [KOM (2008) 865 vom 19.12.2008] den Willen zur Kontinuität der inhaltlichen Zusammenarbeit erkennen, fordert aber gleichzeitig eine grundsätzliche Neuausrichtung der Strukturen der EU-Bildungskooperation für 2020 (u. a. genuine benchmarks anstatt europäischen Durchschnittsbezugswerten, Erstellung von sog. Länderberichten zur Darstellung der Bildungsperformanz jedes Mitgliedstaates, Ausrichtung der Bildungsberichterstattung der Mitgliedstaaten auf Umsetzung der offenen Koordinierungsmethode). Bayern wird am 26.01.2009 einen diesbezüglichen Antrag im Kulturausschuss des Bundesrates einbringen.



EP SPRICHT SICH FÜR UNTERRICHT IN „UNIONSBÜRGERKUNDE“ AUS

Das Europäische Parlament hat am 18.12.2008 durch Annahme des Initiativberichts von MdEP Ljudmila Novak [SLO/EVP] in einer Entschließung zu Wissen, Kreativität und Innovation durch lebenslanges Lernen in Bezug auf die Umsetzung des Arbeitsprogramms ‚Bildung und Ausbildung 2010‘ [2008/2102 (INI)] Empfehlungen für die Gestaltung der mitgliedstaatlichen Schulpolitiken abgegeben, die u. a. die Schaffung eines Unterrichtsfachs „Unionsbürgerkunde“ vorsehen.

EUROPÄISCHES JAHR DER KREATIVITÄT UND INNOVATION 2009

Der tschechische Ratsvorsitz und EU-Bildungskommissar Figel' haben am 01.01.2009 in Prag das Jahr 2009 zum Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation ausgerufen, dabei die Sensibilisierung für die zentrale Rolle von Kreativität und Innovation als Schlüsselkompetenz für die persönliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung herausgestellt und der Notwendigkeit Ausdruck verliehen, das kreative und innovative Potenzial der Europäischen Union zu steigern.

www.create2009.europa.eu

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

INTERNETPORTAL „FINANZWISSEN“ DER KOMMISSION ERÖFFNET

Die Europäische Kommission eröffnete ein Internetportal zum aktuellen Thema Finanzwissen, die European Database for Financial Education (EDFE). EDFE enthält laufend aktualisierte europaweite Informationen über Bildungsprogramme und Forschungsprojekte zum Thema Finanzen.

Adressaten dieses Portals sind sowohl Finanzwissenschaftler als auch der interessierte europäische Bürger als Finanzdienstleistungsnutzer.

http://ec.europa.eu/internal_market/fesis/index.cfm

STUDIE ZUR MEHRSPRACHIGKEIT IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT VORGESTELLT

Im Ausschuss für Kultur und Bildung des Europäischen Parlaments wurde am 20. Januar 2009 die 113seitige Studie „Mehrsprachigkeit - zwischen politischen Zielen und Umsetzung“ von Joe Cullen vorgestellt. Die Studie bemängelt die Qualität der Fremdsprachdidaktik und die Quantität von Lehrkräften mit Auslandserfahrung; sie empfiehlt Forschungsprogramme zur Fremdsprachdidaktik, eine verstärkte Lehrerausbildung und finanzielle Anreize für die Spracherlernung. Die Frage der gleichberechtigten Anwendung der EU-Arbeitssprachen (also insbesondere der deutschen) in den europäischen Institutionen wurde nicht thematisiert.

<http://www.europarl.europa.eu/activities/committees/studies/searchPerform.do>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

FÜNFTES BRÜSSELER VETERINÄRFACHGESPRÄCH IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG

Am 22. Januar 2009 eröffnete Frau *Karolina Gernbauer*, Ministerialdirektorin des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit, das Brüsseler Veterinärfachgespräch in der Bayerischen Vertretung. Zum fünften Mal hatte MdEP *Dr. Horst Schnellhardt* (EVP-EP) gemeinsam mit der Bayerischen Vertretung und dem Milchindustrieverband auf europäischer Ebene tätige Tierärzte zu einem Meinungsaustausch eingeladen und über aktuelle tierärztliche Themen aus dem Europäischen Parlament berichtet. Einen großen Teil der Teilnehmer bildeten Vertreter der verschiedenen Generaldirektionen der Europäischen Kommission, insbesondere der Generaldirektion SANCO.

USA KLAGEN VOR WTO GEGEN FORTBESTEHENDES EU-IMPORTVERBOT FÜR CHLORHUHN

Die USA beabsichtigen, den seit mittlerweile elf Jahren geführten Streit um das EU-Importverbot für mit Chlor desinfiziertem Geflügelfleisch vor die Welthandelsorganisation (WTO) zu bringen. Aus ihrer Sicht sind die seit 1997 bestehenden Restriktionen wissenschaftlich unbegründet und verstoßen gegen die WTO-Regeln. Im Dezember 2008 hatten 26 der 27 EU-Agrarminister die Wiedezulassung der Einfuhr abgelehnt; nur Großbritannien enthielt sich der Stimme. Ebenso hatte sich das Europäische Parlament zuvor entschieden gegen eine Aufhebung des Einfuhrverbotes für das Chlorhuhn ausgesprochen.

http://www.efsa.europa.eu/EFSA/efsa_locale-1178620753824_1178620801339.htm

http://www.efsa.europa.eu/EFSA/efsa_locale-1178620753824_1178718495399.htm

EUGH ERLEICHTERT VERTRIEB VON ARZNEIMITTELÄHNLICHEN PRODUKTEN

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 15. Januar 2009 im Rahmen eines Vorabentscheidungsverfahrens entschieden, dass Nahrungsergänzungsmittel, die zwar einen Arzneimittelwirkstoff enthalten, aber bei vorgeschriebener Dosierung keine nennenswerten und wissenschaftlich nachgewiesenen Auswirkungen auf den menschlichen Körper haben, nicht unter das EU-Arzneimittelrecht fallen. Das Urteil ist richtungsweisend für die Auslegung des EU-Arzneimittelrechts, insbesondere der Richtlinie 2001/83/EG.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi)

[bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi
&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docso
m=docsom&docinf=docinf&alldocnrec=alldocnrec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&typeord
=ALL&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&nu](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de&newform=newform&Submit=Suchen&alljur=alljur&jurcdj=jurcdj&jurtpi=jurtpi&jurtfp=jurtfp&alldocrec=alldocrec&docj=docj&docor=docor&docop=docop&docav=docav&docso m=docsom&docinf=docinf&alldocnrec=alldocnrec&docnoj=docnoj&docnoor=docnoor&typeord =ALL&docnodecision=docnodecision&allcommjo=allcommjo&affint=affint&affclose=affclose&nu)



maff=C-

140%2F07&ddatefs=&mdatefs=&ydatefs=&ddatefe=&mdatefe=&ydatefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100

PLENUM DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS VERABSCHIEDET PFLANZENSCHUTZMITTEL-PAKET

Das EU-Parlament hat am 13.01.2009 mit breiter Mehrheit ein Gesetzespaket - bestehend aus einer Verordnung zur Produktion und Zulassung von Pestiziden sowie einer Richtlinie zu deren nachhaltigem Einsatz - verabschiedet. Die Einigung führt zu einer Harmonisierung innerhalb der EU bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln und deren Einsatz. Durch den beschlossenen Kompromiss zur Zulassung sind zukünftig hochtoxische, krebserregende, erbgutverändernde oder hormonell wirksame Pflanzenschutzmittel verboten. Für die Zulassung wird die EU geographisch in drei Zonen eingeteilt, auf deren Basis die nationale Zulassung erfolgen wird. Genehmigte Mittel sind damit in der gesamten Zone zugelassen. Deutschland befindet sich wie Österreich in der mittleren Zone. In der Richtlinie zum nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, nationale Aktionspläne mit Zeitplänen und Reduktionsziele zu erstellen. Für das Sprühen aus der Luft, das zukünftig verboten ist, bedarf es einer Genehmigung. Die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln in empfindlichen Gebieten (Natura 2000 Gebiete, Spielplätze, Sportanlagen, Parks, Schulgelände) ist zukünftig nur noch eingeschränkt möglich (siehe hierzu auch Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMELF).

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/066-45937-012-01-03-911-20090112IPR45936-12-01-2009-2009-false/default_de.htm

KONSULTATION ZUR REGELUNG DES FALLENSTELLENS IN DER EU

Die Kommission hat am 16. Dezember 2008 eine Konsultation zur Regelung des Fallenstellens in der EU eröffnet. Im Rahmen einer Studie zu dem neuesten Forschungs- und Wissensstand auf dem Gebiet des Fallenstellens soll auch die Bevölkerung in Europa befragt werden. Die Frist zur Eingabe von Stellungnahmen endet am 16. März 2009.

EU-UMWELTAGENTUR BENENNT VORRANGIGE THEMEN FÜR 2009

Die Europäische Umweltagentur (EUA) hat am 09. Januar 2009 in dem Bericht „EUA Signale 2009“ die wichtigsten Herausforderungen für die EU im Bereich Umwelt für das Jahr 2009 vorgestellt. Schwerpunkte sollen demnach u. a. die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels, die Minderung der ökologischen Auswirkungen von Biokraftstoffen, der Erhalt der Artenvielfalt, die internationalen Müllimporte und -exporte und die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU sein.



Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

ANHÖRUNG DER EVP-ED-FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT ZUR ÜBERARBEITUNG DER MITTEILUNG DER EU-KOMMISSION ZUR FINANZIERUNG DES ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNKS

Am 08.01.09 führte die EVP-ED-Fraktion eine Anhörung bezüglich der Überarbeitung der Mitteilung der EU-Kommission zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch mit dem Ziel, sowohl den Sachstand bei der Ausarbeitung der Mitteilung zu erfahren, als auch die Haltung der Stakeholder und Mitgliedstaaten. Bei diesem Anlass wurden im Wesentlichen die bekannten Positionen wiederholt, auch wenn Generaldirektor *Philip Lowe* stärker als üblich betonte, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk und seine Tätigkeit auch in Zukunft nicht ausschließlich nach wettbewerbsrechtlichen Aspekten beurteilt werden soll.